

RESEARCH

Silke Masson

Die Mittelschicht in benachteiligten Stadtteilen



Springer VS

Die Mittelschicht in benachteiligten Stadtteilen

Silke Masson

Die Mittelschicht in benachteiligten Stadtteilen

 Springer VS

Silke Masson
Mainz, Deutschland

Die vorliegende Arbeit wurde im Februar 2015 unter dem Titel „Die Mittelschicht in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ – am Beispiel von Kiel-Gaarden“ an der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel als Dissertation angenommen.

ISBN 978-3-658-13858-5 ISBN 978-3-658-13859-2 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-13859-2

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	9
Einleitung	11
1. ‚Benachteiligte Stadtteile‘	19
1.1 Die Sozialökologie der Chicago School	21
1.2 Sozialräumliche Segregation	24
1.3 Kontexteffekte oder Konzentrationseffekte	28
1.4 Soziale Mischung und das Programm ‚Soziale Stadt‘	34
2. Die Mittelschicht in ‚benachteiligten Stadtteilen‘	41
2.1 Eine ‚unsichtbare‘ Mittelschicht	41
2.2 Sozialer Status und Wohnstandortentscheidungen	46
2.3 Gentrifizierung	56
2.4 Leben im (ehemals) ‚benachteiligten Stadtteil‘	77
3. Die Übereinstimmung von sozialem und physischem Raum bei Bourdieu.....	85
4. Soziologische Raumkonzepte	99
4.1 Globalisierung und die Auflösung des Raums	100
4.2 Milieu und Ortsbindungen	104
4.3 Der absolute Raum	111
4.4 Relativistische Raumkonzeptionen und die Produktion von Raum	114
4.5 Relationaler Raum	122
5. Untersuchungsinteresse und methodische Umsetzung	133
5.1 Angewandte Methoden	139
5.2 Untersuchungsort: Kiel-Gaarden	154
6. Repräsentationen	163
6.1 „Das muss eigentlich nur noch entdeckt werden“ (Gentrifizierbarer Raum)	165
6.2 „Das ist ein Kiez, das ist so Kreuzberg vor 40 Jahren“ (Zusammenleben)	167
6.3 „Der Ausländeranteil, der ist zu spüren“ (Ethnisierung)	169

6.4	„Gaarden ist eben ein schwacher Stadtteil“ (Sozioökonomischer Status).....	172
6.5	„Das ist so Schmuttelimage“ (Ruf).....	174
7.	Legitimierung	177
7.1	Legitimierung in der sachlichen Dimension	178
7.1.1	Aufklärung.....	179
7.1.2	Verallgemeinerung	182
7.2	Legitimierung durch Zeitvergleich	183
7.2.1	Festhalten am Stolz vergangener Zeiten	184
7.2.2	Aufwertung	186
7.3	Legitimierung durch flächenräumliche Differenzierung	187
7.3.1	Dichotomisierung Zentrum versus Rand	187
7.3.2	Differenzierung.....	190
7.4	Erfolge	192
8.	Bewältigung konkurrierender materialer Raumkonstitutionen	197
8.1	Vermeiden und Ausweichen	198
8.2	Einflussnahme	201
8.3	Duldung und Rückzug	204
9.	Bindungsfaktoren.....	209
9.1	Lebensmittelpunkt	210
9.2	Ehrenamtliches Engagement.....	213
9.3	Freiheitsgrade	216
9.4	Privilegien.....	220
9.5	Lage und Ausstattung der Wohnung	223
9.6	Ökonomische Zwänge	226
10.	Ortsbezogene Ambivalenzen	231
10.1	Wohnkonzepte	232
10.2	Typ 1: Ambivalenz von Wohnung und Umfeld.....	236
10.3	Typ 2: Ambivalenz von urbanem Flair und Stigmatisierung.....	243
10.4	Typ 3: Ambivalenz von lokalem sozialen Status und Wandel	249
11.	„Gentrifizier“ in Gaarden?	257
11.1	Frau Acht: Der Stadtteil als Erlebnis	258
11.2	Herr Zehn: Auffangen des prekären Aufstiegs	263
11.3	Anschlüsse und Ausblicke	267
	Schlussbetrachtung: Wer es sich leisten kann, zieht weg?	273
	Literaturverzeichnis	279
	Anhang.....	299

Anhang 1:	Interviewpartner_innen	299
Anhang 2:	Die Altersstruktur im Vergleich	300
Anhang 3:	Leitfaden	301
Anhang 4:	Transkriptionszeichen	302
Anhang 5:	Typenbildung	302

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Das Raummodell nach Sturm	118
Abbildung 2:	Die Raummodelle im Vergleich	121
Abbildung 3:	Konstitution von Raum.....	124
Abbildung 4:	Das Raummodell nach Löw.....	127
Abbildung 5:	Offenes Kodieren.....	149
Abbildung 6:	Unterscheidung von ‚Aufklärung‘ und ‚Verallgemeinerung‘	151
Abbildung 7:	Repräsentationen	164
Abbildung 8:	Legitimierung	178
Abbildung 9:	Bewältigung.....	197
Abbildung 10:	Bindungsfaktoren.....	210

Einleitung

„Ich bin in Gaarden geboren, ich bin Gaardenerin. Ich will nicht hier weg, aber es ist manchmal schwer.“ Dieser Satz einer Bewohnerin fiel auf der Beteiligungsveranstaltung zur Erstellung eines städtischen Sozialraumberichts in der schleswig-holsteinischen Landeshauptstadt Kiel im Jahr 2011.¹ Und er wirft einige der zentralen Fragen für die vorliegende Arbeit auf. Zunächst: Was ist das für ein Stadtteil, der seinen Bewohner_innen zwar ein hohes Identifikationspotential bietet („Gaardenerin“), in dem zu bleiben aber gleichzeitig „schwer“ ist?

Gaarden² ist ein Stadtteil auf dem Ostufer der Kieler Förde. Er stellt einen klassischen Fall für das dar, was in öffentlichen Diskussionen ‚sozialer Brennpunkt‘ oder ‚Ghetto‘ und in offiziellen Berichten ‚benachteiligter Stadtteil‘ genannt wird. Das innenstadtnah gelegene Quartier ist geprägt durch die ansässige Werftindustrie. Der zunächst anhaltend hohe Arbeitskräftebedarf, dem durch die Beschäftigung von ‚Gastarbeiter_innen‘ begegnet wurde, und die seit den 1970er Jahren auftretenden wirtschaftlichen Krisen haben auch die Entwicklung der Wohngebiete im direkten Einzugsbereich der Werft beeinflusst. Die Stadtverwaltung betont, dass der Sozialzentrumsbereich Gaarden die „mit sehr deutlichem Abstand [...] größte soziale Problemdichte in Kiel“ (Landeshauptstadt Kiel 2007: 2f.) aufweist. Als Referenz für diese Einschätzung dienen die Indikatoren Erwerbslosigkeit, Sozialgeldabhängigkeit, Bevölkerungsdichte, Ausländer_innenanteil, Anteil der allein Erziehenden, Kinder- und Jugendkriminalität, Gesundheits- und Bildungsdaten sowie Hilfen zur Erziehung (ebd.). In Medien und Öffentlichkeit wird Gaarden häufig in einem Zug genannt mit Stadtteilen wie Berlin-Neukölln (z. B. Buschkowsky 2012; shz.de 2011), die häufig als Symbol für ein Versagen sowohl von Stadt-, Sozial- als auch von Integrationspolitik angesehen werden. ‚Wer es sich leisten kann, zieht weg‘ ist die omnipräsente

¹ Beteiligungsveranstaltung „Zukunft gestalten – Sozialraumbericht Gaarden“ am 28.10.2011.

² Ich beziehe mich auf eine administrative Gebietseinheit der Stadt Kiel, die Grundlage der städtischen Sozialraumbeobachtung ist. Diese umfasst den Stadtteil Gaarden-Ost (Einwohnerzahl 2013: 16.986, Landeshauptstadt Kiel 2014b: 3) sowie zusätzliche angrenzende Gebiete der Stadtteile Gaarden-Süd und Südfriedhof. Sie wird in administrativen Begrifflichkeiten als „Ortsteil Gaarden“ bezeichnet und stimmt mit dem „Sozialzentrumsbereich Gaarden“ überein. Angegebene Zahlen beziehen sich, wenn nicht anders angegeben, auf dieses Gebiet. Abweichend von den administrativen Begrifflichkeiten werde ich die Bezeichnung ‚Stadtteil Gaarden‘ verwenden.

te Aussage zum Leben in und zur Entwicklung von Stadtteilen wie Gaarden. Ist es nach diesen Ausführungen nicht ein Leichtes zu verstehen, warum es „schwer“ ist, im Stadtteil zu leben? Aber warum dann *bleiben wollen*?

Seit den 1970er Jahren steht die Entwicklung der deutschen Städte vermehrt im Zeichen der ökonomischen Krise und der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut. Zu neuen oder verstärkten Herausforderungen, z. B. durch Migrationsprozesse, kommt eine Abnahme politischer Steuerungsfähigkeit im urbanen Raum durch Privatisierungen und den Rückzug aus dem sozialen Wohnungsbau. Seit mindestens zwei Jahrzehnten wird eine zunehmende Konzentration benachteiligter Haushalte in wenigen Quartieren und eine zunehmende Verdrängung von einkommensschwachen Haushalten aus innerstädtischen Quartieren (Gentrifizierung) nachgewiesen. In den Quartieren mit hohen Anteilen einkommensarmer Bevölkerungsgruppen selbst findet zudem eine Entmischung statt: Die Anteile von Armen und Bewohner_innen mit niedrigen Einkommen steigen, während der Anteil der mittleren Einkommen sinkt (Aehnel 2009: 410; Blasius et al. 2008: 7). Insgesamt wird von einem weiteren Trend zur verstärkten Segregation ausgegangen (Farwick 2012: 387; Häußermann 2006: 298; Lanz 2002). Politisch brisant sind solche Viertel vor allem dann, wenn sie nicht nur *benachteiligte* Viertel (dergestalt, dass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen dort konzentrieren), sondern zudem auch *benachteiligende* Viertel sind, das heißt negativ bewertete Auswirkungen auf die Bewohner_innen oder die Stadt und Gesellschaft als Ganzes haben. Dies kann aus Gründen der Verstärkung der Problemlagen, aber auch aus der verstärkten Sichtbarkeit (von Problemlagen) resultieren. Die Annahme, dass solche zusätzlich benachteiligenden Effekte existieren und sich in der Folge selbstverstärkende ‚Teufelskreise‘ der Armut und Ausgrenzung entwickeln können, ist die Grundlage stadtpolitischer Interventionen. Erklärtes Ziel vieler Städte und auch des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“ ist daher die Aufwertung benachteiligter Viertel, die zu einer stärkeren sozialen Mischung und damit zu einer Stabilisierung der Gebiete führen soll. Personen und Haushalte, die selbst nicht in einer prekären (Armut-)Lage sind – im Folgenden verkürzt Mittelschichthaushalte genannt –, stellen daher eine begehrte Gruppe der Stadtplanung und -politik dar. Man geht davon aus, dass diese beispielsweise als Träger von Initiativen und Vereinen eine wichtige Rolle im Quartier spielen und sich, vor allem wenn es sich um Familien handelt, stärker um die Qualität ihres Wohnumfeldes sorgen als andere Bewohner_innengruppen (Häußermann/Kronauer 2009: 166).

Ausgangspunkt der vorliegenden Arbeit ist die in den vorgestellten Diskussionszusammenhängen häufig vernachlässigte Tatsache, dass in ‚benachteiligten Quartieren‘ zu einem nicht unbeachtlichen Anteil auch Menschen leben, die es sich leisten könnten, in ein anderes, höher angesehenes Stadtviertel zu ziehen.

Die soziale Mischung in den homogen wahrgenommenen Stadtteilen ist deutlich größer, als es gemeinhin scheint. Dies trifft sowohl für die Einkommensstruktur, den Erwerbsstatus, die Lebensstil- oder Milieuzugehörigkeit als auch für die ethnische Zusammensetzung zu (Aehnelt 2009: 410; Gebhardt 2008a; Schönwälder/Söhn 2007: 17). Trotz des hohen und zunehmenden Anteils niedriger Einkommen (30 Prozent in Westdeutschland, 40 Prozent in ostdeutschen Quartieren, Aehnelt et al. 2009) sind in den entsprechenden Vierteln jeweils mehr als die Hälfte der Bewohner_innen nicht von Armut betroffen. Die für den Stadtteil Kiel-Gaarden verfügbare Quote bekämpfter Armut³ von 43,1 Prozent verweist, trotz einer im gesamtstädtischen Vergleich sehr hohen Betroffenheit, auf einen ähnlichen Befund (Landeshauptstadt Kiel 2011a: 7). Auch aus den Ergebnissen einer von vhw und Projektpartner_innen durchgeführten Studie zur Milieuverteilung im Stadtteil Gaarden-Ost ergibt sich ein näherungsweise Anteil an Mittelschichtbewohner_innen von etwa 60 Prozent (vgl. Kap. 5.2). Trotz der wichtigen Rolle, die diesen Mittelschicht Haushalten zugesprochen wird, ist über sie bisher nur wenig bekannt. Obwohl sie in der überwiegenden Mehrzahl der Viertel die Mehrheit stellen, werden sie in der öffentlichen und politischen Wahrnehmung, aber auch in der soziologischen Forschung und vor allem in empirischen Studien zu den entsprechenden Stadtteilen nur selten berücksichtigt (vgl. Kap. 2).

Anhand einer empirischen Studie im Kieler Stadtteil Gaarden möchte die vorliegende Arbeit daher den Wahrnehmungen und Deutungen dieser Mittelschicht Haushalte zum Leben in einem ‚benachteiligten Stadtteil‘ nachgehen. Dazu wähle ich ein qualitatives methodisches Vorgehen, das sich an der Methode der Grounded Theory orientiert, und beziehe zusätzlich Strategien der qualitativen Typenbildung ein. Die Darstellungsweise in der vorliegenden Arbeit ist an den üblichen Lesegewohnheiten orientiert und stellt zunächst den Forschungsstand sowie das heranziehbare theoretische Vorwissen dar, um anschließend die Ergebnisse der empirischen Analyse zu präsentieren. Die tatsächliche Erarbeitung dieses Vorwissens orientierte sich jedoch nicht an dieser klassischen Form (vgl. Kap 4).

Um nachzuvollziehen, wie es zu der Vernachlässigung der Mittelschicht Haushalte in der öffentlichen, politischen, aber größtenteils auch soziologischen Wahrnehmung kommt, widme ich mich im *ersten Kapitel* zunächst dem Begriff des ‚benachteiligten Stadtteils‘ und stelle die auf die Sozialökologie der Chicago School zurückgehenden Konzepte und Indikatoren zur Beschreibung der betref-

³ Die Quote bezieht sich auf den Anteil der SGBII-Bezieher_innen an der Wohnbevölkerung unter 65 Jahren. Unberücksichtigt bleiben aufgrund fehlender stadtteilbezogener Daten Bezieher_innen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie Empfänger_innen von Sozialhilfe und Asylbewerber_innenleistungen. Diese Transferleistungen beziehen in Kiel etwa 12 Prozent aller Transferbezieher_innen (Landeshauptstadt Kiel 2011a: 4).

fenden Stadtteile vor. Thematisiert werden zudem Forschungen zu den befürchteten Kontexteffekten in den Stadtteilen und die am Leitbild der sozialen Mischung orientierten politischen und stadtplanerischen Interventionen.

Kapitel 2 geht auf die Mittelschicht in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ ein. Ich erläutere zunächst, wie die ansässigen Mittelschichten durch die zur Kennzeichnung von ‚benachteiligten Quartieren‘ herangezogenen Indikatoren und eine Defizitperspektive auf die Stadtteile auch in der soziologischen Forschung weitgehend ‚unsichtbar‘ bleiben (Kap. 2.1). Da Forschungen, die sich explizit auf Mittelschichthaushalte in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ beziehen, weitestgehend fehlen, werden im Anschluss drei Forschungsperspektiven vorgestellt, die Rückschlüsse auf die hier interessierende Personengruppe zulassen.

Mit Bezug auf die verbreitete Losung ‚Wer es sich leisten kann, zieht weg‘ wende ich mich als *erstes* Forschungen zu räumlicher Mobilität und Wohnstandortsentscheidungen zu (Kap. 2.2). Vor dem Hintergrund des in Öffentlichkeit und Medien verbreiteten Szenarios des weiteren ‚Abstiegs‘ der ‚benachteiligten Stadtteile‘ sind Erkenntnisse zu den Reaktionsweisen auf eine wahrgenommene Verschlechterung der Wohnumfeldbedingungen relevant für die vorliegende Arbeit. Studien aus dieser Forschungstradition lassen einige Schlüsse auf die hier interessierende Personengruppe zu, fokussieren jedoch sehr stark auf Haushalte, die die entsprechenden Stadtgebiete verlassen möchten oder tatsächlich verlassen. Sie vernachlässigen alternative Reaktionsweisen, wie das hier interessierende Bleiben. Neben Veränderungen des Stadtteils wird vor allem die soziale Mobilität der Individuen als Umzugsanlass diskutiert. Die Vorlage für ein solches Mobilitätsverhalten findet sich, wie gezeigt werden kann, im englischen Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Erwartet und untersucht wird ein daran anschließendes Mobilitätsverständnis auch für zugewanderte Bewohner_innen, die ‚benachteiligte Stadtteile‘ im Verlauf einer zunehmenden Integration bzw. Assimilation verlassen. Mehrere Studien zeigen, dass allochthone Mittelschichthaushalte auch häufig in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ verbleiben. Nur sehr wenige Studien rekonstruieren jedoch die hinter diesen Entscheidungen stehenden Sinndeutungen der Umziehenden oder Bleibenden.

Eine *zweite* relevante Forschungsperspektive stellt die Gentrifizierungsforschung dar. Vor dem Hintergrund städtischer Bestrebungen zur Aufwertung und sozialen Mischung ‚benachteiligter Stadtteile‘ können diese auch als am Scheitelpunkt eines Nachbarschaftswandels stehend betrachtet werden.⁴ Geht man von

⁴ Mit Bezugnahme auf einen bekannten Spiegel-Artikel zum Berliner Stadtteil Neukölln betitelt Holm (2007) einen Beitrag „„Endstation Neukölln“ oder „neuer Trendkiez“?“ und bringt damit die gleiche Zwischenstellung des Stadtteils zum Ausdruck.

einem zukünftigen Erfolg der städtischen Aufwertungsstrategien aus, lässt sich die Situation vor Ort damit möglicherweise als frühe Phase einer Gentrifizierung verstehen. Forschungen zu Gentrifizierungsprozessen konzentrieren sich auf die zuziehenden Bewohner_innen in (ehemals) ‚benachteiligte Stadtgebiete‘. Auch in diesem Forschungsbereich dominieren quantitative Herangehensweisen, die die Aufwertung als Makrophänomen behandeln. Die Ergebnisse qualitativer Studien zum Zusammenleben der zuziehenden und alteingesessenen Bewohner_innen in den aufgewerteten Gebieten stimmen hinsichtlich der von stadtpolitischen Seite gehegten Hoffnung auf einen integrativen und stabilisierenden Einfluss auf die Quartiere eher skeptisch. Diese Studien beziehen sich jedoch in der Regel auf ökonomisch starke Neubewohner_innen, die in Stadtviertel ziehen, in denen Gentrifizierungsprozesse bereits weit fortgeschritten sind. Die Anfangsphase einer solchen Entwicklung werde jedoch, so der Tenor der entsprechenden Forschung und die Hoffnung der Stadtpolitik, häufig von Personen getragen, die toleranter „gegenüber anderen sozialen Gruppen, insbesondere anderen Ethnien“ (Dangschat 1988: 276) seien. Gerade über diese Personengruppe liegen jedoch vor allem in Deutschland nur sehr wenige aktuelle empirische Erkenntnisse vor.

Als *dritte* Perspektive werden schließlich Forschungen zum Leben in den ‚benachteiligten Stadtgebieten‘ aufgegriffen. Analog zur Diskussion um Gebiete konzentrierter Armut untersucht ein Großteil der Forschungen benachteiligende Effekte des Lebens in den betreffenden Gebieten und nutzt, um zu möglichst repräsentativen Aussagen zu kommen, vornehmlich quantitative Methoden. Qualitative Studien, die die Perspektive der Bewohner_innen berücksichtigen, legen dagegen eine differenzierende Sichtweise nahe, indem sie auf die Bedeutung des Wohnumfeldes als Ressource bei der Armutsbewältigung hinweisen. Die entsprechenden in *Kapitel 2.4* vorgestellten Studien belegen häufig eine starke Bindung der Bewohner_innen an die entsprechenden Gebiete und unterscheiden verschiedene Strategien, den verunsichernden Umfeldbedingungen zu begegnen. Mit dem Fokus auf der Bewältigung von Armutslagen konzentrieren sich jedoch auch diese Studien auf die benachteiligten Haushalte in den entsprechenden Gebieten. Ob ressourcenstarke Personen ähnliche Sichtweisen und Bewältigungsformen aufweisen, kann auf dieser Datenbasis daher bisher nicht beantwortet werden.

Bevor ich im Anschluss an die aufgezeigten Forschungslücken meine eigene Studie vorstelle, greife ich in den nächsten Kapiteln zwei zusätzliche theoretische Bezüge zum Themenfeld dieser Arbeit auf. Mit dem Fokus auf Mittelschichthaushalte liegt ein Ungleichheitstheoretischer Zugang zum Themenfeld nahe. In stadtsoziologischen Arbeiten zur Segregation und Gentrifizierung wird neben einer an Rational-Choice-Theorien orientierten Perspektive vor allem die Theorie Bourdieus aufgegriffen. *Kapitel 3* geht daher exkursartig auf diese theo-

retischen Grundlagen ein und stellt Bourdieus Ausführungen zur Homologie zwischen sozialem und physischem Raum vor. Im Anschluss werden zwei an Bourdieu anschließende Perspektiven vorgestellt, die sich im Hinblick auf ein Verständnis der Mittelschicht in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ als anschlussfähig erweisen.

Kapitel 4 geht zusätzlich auf neuere Entwicklungen in der soziologischen Raumtheorie ein. Es wird zunächst vorgestellt, wie durch Globalisierungsprozesse das gängige Verständnis von Raum (*Kap. 4.1*) und die in Kapitel 1 und 2 als Hintergrundannahme fungierende Idee der Übereinstimmung von nationalem Territorium und Gesellschaft bzw. Stadtteil und Milieu problematisiert wurde (*Kap. 4.2*). Ich zeige, wie das Denken in Begriffen eines absoluten Raums auch die wissenschaftliche Beschäftigung mit ‚benachteiligten Stadtteilen‘ kennzeichnet (*Kap. 4.3*) und gehe anschließend auf relativistische Raumkonzepte (*Kap. 4.4*) und insbesondere das relationale Raummodell von Löw ein (*Kap. 4.5*).

Im Anschluss an die in den ersten beiden Kapiteln aufgezeigten Forschungsdefizite bezüglich der Mittelschichthaushalte in ‚benachteiligten Stadtteilen‘ und die in *Kapitel 3* und *4* vorgestellten theoretischen Bezüge resümiere ich in *Kapitel 5* meine eigene Fragestellung und Herangehensweise. Im Unterschied zu den dominierenden quantitativen und hypothesentestenden Herangehensweisen wähle ich ein an der Grounded Theory orientiertes qualitatives Forschungsdesign, das auf die Sinndeutungen und Handlungsweisen der Bewohner_innen zielt. Im Fokus stehen Bewohner_innen, die hinsichtlich ihres sozioökonomischen Status allgemein als ‚untypisch‘ für die Stadtteile angesehen werden und von denen zumeist angenommen wird, dass sie den Stadtteil verlassen. Dabei erfolgt keine vorab festgelegte Einschränkung hinsichtlich der Wohndauer sowie der nationalen Herkunft.⁵ Welche Bedeutung hat das Wohnen in einem ‚benachteiligten Stadtteil‘ für Bewohner_innen, die es sich leisten könnten, in einem anderen Stadtteil zu leben? Wie nehmen diese selbst den Stadtteil wahr?

Die Darstellung der Ergebnisse gliedert sich in sechs Kapitel. Zunächst werden vier einzelne Konzepte vorgestellt, die anhand des Datenmaterials erarbeitet wurden. Diese gehen in Kapitel 10 in eine Typologie ein und werden in Kapitel 11 anhand von zwei Falldarstellungen in Bezug auf die Gentrifizierungsforschung ausgearbeitet. Der erste Teil der Auswertung bezieht sich auf die verschiedenen Raumkonstitutionen der Befragten (*Kapitel 6*). Was ist das für ein Stadtteil, in dem die Befragten leben oder in den sie zugezogen sind? Ich unterscheide fünf Repräsentationen des Stadtteils, die sich in unterschiedlichem Ausmaß an gesellschaftlich geteilte Deutungsmuster anlehnen. Eine erste Repräsen-

⁵ Zur nötigen Begrenzung des Samples vgl. Kap. 5.1.

tation bezieht sich auf Gaarden als ‚gentrifizierbaren Raum‘. Eine zweite orientiert sich vor allem am ‚Zusammenleben‘ im Stadtteil. Zwei weitere Repräsentationen charakterisieren Gaarden anhand der dort lebenden Bewohner_innengruppen. Schließlich kann eine Repräsentation unterschieden werden, die sich auf den ‚Ruf‘ des Stadtteils bezieht.

Kapitel 7 bezieht sich auf Strategien der Befragten, die eigene Anwesenheit im Stadtteil zu legitimieren. Im ersten Fall werden Raumelemente betont, die in der dominanten Sichtweise auf den Stadtteil als ‚benachteiligt‘ nicht berücksichtigt werden. Die Befragten agieren als Insider und klären aus dieser Position über die Gegebenheiten im Stadtteil auf (‚*Aufklärung*‘). Im zweiten Fall wird der dominanten Raumkonstitution nicht widersprochen, allerdings werden die zur Charakterisierung genutzten Elemente auch anderen Räumen zugeordnet und damit verallgemeinert (‚*Verallgemeinerung*‘). In einer dritten und vierten Legitimationsform nutzen die Befragten eine zeitliche Differenzierung und legitimieren das eigene Wohnen im Stadtteil durch eine erlebte oder erwartete ‚*Aufwertung*‘, oder aber durch ein ‚*Festhalten am Stolz vergangener Zeiten*‘. Während die Befragten in den ersten vier Legitimierungsformen der von mir als Interviewerin eingebrachten räumlichen Referenz ‚Gaarden‘ folgen und die eigene Anwesenheit im Stadtteil legitimieren, ohne diese zu hinterfragen oder näher zu spezifizieren, setzen andere Befragte dieser Referenz eine eigene Raumkonstitution entgegen. Sie unterscheiden den eigenen Wohnraum von einem Bereich, für den sie die abwertende Sichtweise teilen oder führen kleinräumige Differenzierungen ein.

Kapitel 8 stellt Reaktionsweisen der Befragten auf unerwünschte Verhaltensweisen oder andere Phänomene vor. Es können drei übergeordnete Formen unterschieden werden: Strategien, die auf ein Vermeiden und Ausweichen zielen, solche, die eine Veränderung anstreben, sowie schließlich solche, die eine Duldung oder einen Rückzug darstellen.

In *Kapitel 9* arbeite ich die Bedeutung des Stadtteils für die Befragten heraus und stelle fünf Bindungsfaktoren vor. Es werden drei auf den Stadtteil als Wohnumfeld bezogene Bindungsfaktoren unterschieden (*Kap. 9.1 bis 9.3*). Anschließend gehe ich auf wohnungsbezogene Bindungsfaktoren ein (*Kap. 9.4 bis 9.5*). Die Bedeutung des Miet- bzw. Kaufpreises wird unter *Punkt 9.6* gesondert behandelt.

Vor allem wenn die Befragten versuchen, eine Bilanz zum Wohnen im Stadtteil zu ziehen, wird der ambivalente Ortsbezug der Befragten deutlich (*Kapitel 10*). Keine der von mir befragten Personen nennt den Stadtteil Gaarden uneingeschränkt als ‚Wunschwohnort‘, alle berichten von Nachteilen oder Problemen des Wohnortes. Die Ausarbeitung dreier Wohnkonzepte macht deutlich, dass der Leitsatz ‚Wer es sich leisten kann, zieht weg‘ vor allem im Hinblick auf seinen

normativen Charakter bedeutsam ist. Die Wegzugs- oder Zuzugsentscheidungen der Befragten stellen sich dagegen komplexer dar. Es werden darauf aufbauend drei Bewohner_innentypen unterschieden, für die ein bestimmtes normatives Wohnkonzept sowie in Zusammenhang damit eine je bestimmte Form eines ambivalenten Ortsbezugs typisch ist.

Kapitel 11 setzt die Untersuchungsergebnisse in Bezug zur Gentrifizierungsforschung. Es werden zunächst zwei ausgewählte Fallbeispiele dargestellt und im Hinblick auf die biographische Einbindung des Wohnens im ‚benachteiligten Stadtteil‘ analysiert. Die Beispiele verweisen auf die Bedeutung pragmatischer Abwägungen im Hinblick auf den Zuzug in den Stadtteil und einen möglichen Zuzug ‚auf Probe‘. Damit fordern sie die übliche, auf distinktive Lebensstile und ästhetische Vorlieben fokussierende Perspektive der Gentrifizierungsforschung heraus. Die von den ausgewählten Fällen betonte Bedeutung einer biographischen Kontinuität verweist auf weiteren Bedarf nach der Berücksichtigung einer Lebensverlaufs- und Biographieperspektive in der Gentrifizierungsforschung im Speziellen sowie im Hinblick auf Wohnmobilität im Allgemeinen.

1. ‚Benachteiligte Stadtteile‘

Das Phänomen ‚benachteiligter Stadtteil‘⁶ ist trotz seiner Verbreitung im öffentlichen und politischen Diskurs nicht klar definiert oder einheitlich benannt. Verbreitet sind die Bezeichnungen benachteiligte Stadtteile, Wohngebiete oder Quartiere⁷ (Deutsches Institut für Urbanistik 2002: 16; Friedrichs/Blasius 2000), Problemviertel oder -quartier (Neef et al. 2007; Rorato 2011) oder sozialer Brennpunkt (Hohm 2003). In der wissenschaftlichen Literatur werden die Gebiete je nach Fokus beispielsweise auch als „Quartiere der Ausgrenzung“ (Häußermann/Siebel 2004: 160) oder „abgewertete Räume“ (Kessl/Reutlinger 2007) bezeichnet. Gemeint sind städtische Quartiere, die im Verhältnis zum gesamtstädtischen Durchschnitt einen hohen Anteil an baulichen und sozialen Problemen sowie häufig ein negatives Image aufweisen.

Die Indikatoren, die zur Kennzeichnung entsprechender Gebiete herangezogen werden, sind wie die Bezeichnungen unterschiedlich. In der Diskussion findet sich eine Vielzahl von Indikatoren, die zur Identifikation der Gebiete herangezogen werden. In der Regel wird eine Kombination von mehreren Merkmalen genutzt. Als Beispiel für eine Definition, die häufige Merkmale aufnimmt, kann diejenige von Friedrichs und Blasius (2000: 26) gelten. Sie sprechen von einem „Armutsviertel“, wenn „mehrere der folgenden Merkmale vorliegen: überdurchschnittlicher Anteil von Haushalten, die Sozialhilfe erhalten; überdurchschnittlicher Anteil von Arbeitslosen; schlechte Ausstattung der Wohnungen; niedrige Schulbildung (hoher Anteil von Schulabbrechern); hohe Kriminalität; überdurchschnittlicher Anteil von Teenagern mit Kind.“

Auch im Kontext des Programms ‚Soziale Stadt‘ werden als Kennzeichen ‚benachteiligter Stadtteile‘ städtebauliche Merkmale („bauliche Missstände“) und

⁶ Die Begriffsverwendung in dieser Arbeit folgt – wie auch die Gebietsauswahl für die empirische Untersuchung – der im öffentlichen Diskurs und im Stadtentwicklungsprogramm ‚Soziale Stadt‘ häufig bzw. offiziell verwendeten Bezeichnung.

⁷ Die unterschiedlichen Bezeichnungen für städtische Teilgebiete spiegeln je unterschiedliche wissenschaftliche Traditionen wider. Mit den Begriffen Wohnviertel, Wohngebiet, Quartier und häufig auch Nachbarschaft werden kleinräumige Wohnumfelder bezeichnet, von denen angenommen wird, dass sie für die Bewohner_innen eine Relevanz zum Beispiel hinsichtlich sozialer Kontakte oder Identifikation haben (vgl. z. B. Schnur 2012). In der folgenden Arbeit werden diese Begriffe synonym verwendet.

Merkmale der Bewohner_innenstruktur („Konzentration von Haushalten mit multiplen sozialen Problemen“) benannt. Zusätzlich wird eine „Abwärtsentwicklung“ oder eine „Polarisierung“ der Situation im Stadtteil angeführt (Deutsches Institut für Urbanistik 2004: 16).

Gemeinsam ist den meisten Begriffsbestimmungen die Beschreibung eines städtischen Territoriums, das vor allem anhand seiner städtebaulichen Struktur sowie verschiedener verfügbarer Anteilswerte seiner Wohnbevölkerung charakterisiert wird. Die Ausweisung der entsprechenden Gebiete geschieht in der Regel durch die Kommunen, oft im Rahmen von sogenannten Sozialraumberichten. Die Auswahl der verwendeten Indikatoren zur Beschreibung der städtischen Verhältnisse stellte sich in einer Untersuchung von Mardorf als sehr uneinheitlich heraus. Insbesondere hinsichtlich der Indizes einer Armuts- oder Problembelastung gebe es in der Gesamtschau „nichts, was nicht irgendwo erprobt worden wäre“ (Mardorf 2006: 279). Als Indikator zum sozioökonomischen Status der Bewohner_innen nutzten alle von ihr einbezogenen Berichte den Indikator Sozialhilfebezug, da dieser in den meisten Kommunen gebietsbezogen vorlag. Andere hierfür nutzbare Indikatoren, wie beispielsweise Daten von Finanzämtern und anderen Institutionen, lagen häufig nur für die entsprechenden Einzugsbereiche und damit für nicht übereinstimmende Raumeinheiten vor (ebd.: 275). Darüber hinaus herrschte jedoch große Vielfalt bei der Beschreibung der Quartiere. Die Kommunen bezogen bis zu 30 weitere verfügbare Indikatoren ein, beispielsweise Arbeitslosenquoten, Wohngeldbezug, Zu- und Fortzüge, Familienformen und andere mehr (ebd.: 282). Auch diese Vielfalt bei der Auswahl der verwendeten Indizes ergibt sich zu großen Teilen aus den Beschränkungen der verfügbaren Daten, denen sich die jeweiligen Kommunen ausgesetzt sehen (IfS 2004: 67ff.). Häufig werden auch Indikatoren wie der Anteil der Ausländer_innen oder, sofern verfügbar, der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund als Indikatoren der Berichterstattung sowie der Ausweisung ‚sozialer Brennpunkte‘ verwendet (BMVBS 2009: 50; Häußermann/Siebel 2004: 188) (vgl. Kap. 2.1).

Die Grundlagen für die eben vorgestellte Beschreibung des Stadtraums wurden bereits in den Anfängen der Stadtsoziologie von der sogenannten Chicago School gelegt (Kap. 1.1). Die Ausweisung ‚benachteiligter Stadtgebiete‘ geschieht im Anschluss an diese Forschungstradition zumeist auf Basis von kommunalen Armuts- und Sozialberichten, die sich ausgewählter Methoden und Vorgehensweisen der Segregationsforschung bedienen (Kap. 1.2). Dabei werden jene verfügbaren Indikatoren herangezogen, von denen angenommen wird, dass sie sich nachteilig auf die Lebenschancen der Bewohner_innen auswirken, das heißt, im Sinne sogenannter Kontexteffekte wirken (Kap. 1.3). Solchen erwarteten Effekten wird schließlich mit Stadtentwicklungsprogrammen wie dem Bund-

Länder-Programm ‚Soziale Stadt‘ begegnet, die sich zentral am stadtplanerischen Ideal einer Sozialen Mischung orientieren (Kap. 1.4).

1.1 Die Sozialökologie der Chicago School

Interessiert man sich für den wissenschaftlichen Hintergrund des Themas ‚benachteiligte Stadtgebiete‘, so ist zunächst die Stadtsoziologie und hier spezieller die Sozialökologie ein wichtiger Ausgangspunkt.⁸

Viele Arbeiten zur Stadtforschung gehen auf den sozialökologischen Ansatz der Chicago School zurück. Dieser entstand im Chicago der 1920er und 30er Jahre unter maßgeblichem Einfluss von Park. Bekannt wurden unter anderem die zahlreichen Forschungen zu ethnischen Communities („Chinatown“, „Little Sicily“), die sich unter den Bedingungen der Einwanderung im Chicago der 1920er Jahre gebildet hatten und zahlreiche in sich geschlossene Lebenswelten an verschiedenen Orten in der Stadt bildeten. Die Erforschung dieser verschiedenen segregierten Lebenswelten in zahlreichen Einzelstudien war einer von zwei Themenschwerpunkten dieser klassischen stadtsoziologischen Arbeiten. Insgesamt wird ein Bild der Stadt gezeichnet, das diese als Mosaik kleiner Lebenswelten, als „mosaic of little worlds which touch, but do not interpenetrate“ (Park 1967 [1925]: 40) versteht. Mit diesem Bild beeinflusste die Chicago School das Verständnis von Städten nachhaltig und legte die Grundlage für das Verständnis von Stadtgebieten als ‚Sozialräumen‘ (Kessl/Reutlinger 2007: 38). Das Mosaik der Stadt besteht aus sogenannten ‚natural areas‘: Gebietseinheiten, die sich jeweils durch eine typische Nutzung auszeichnen und ein je bestimmtes nachbarschaftliches Milieu beherbergen. Diese Gebietseinheiten werden als ‚natürlich‘ angesehen, da sie nicht durch Stadtplanung intendiert waren, sondern ungeplant aus den Zuzugs- und Abwanderungsmustern der Bevölkerung entstehen. Park (ebd.: 45) sieht unterschiedliche Geschmäcker und Temperamente der Bewohner_innen als Grundlage der Segregationen an, die dazu führen, dass sich „regions in which a divergent moral code prevails“ herausbildeten. Er spricht daher auch von einer „moral region“ (ebd.: 43) und nennt als Beispiel Rotlichtviertel. Der Begriff umfasst jedoch die verschiedensten Formen von städtischen Gebie-

⁸ Die Sozialökologie stellt nicht den einzigen Zugang zum Themenfeld ‚Segregation‘ und ‚benachteiligte Stadtteile‘ dar. Dangschat (1997) unterscheidet drei „Schulen“ innerhalb der deutschen Segregationsforschung: Neben der Sozialökologie führt er den polit-ökonomischen Ansatz sowie feministische Ansätze an. Befunde dieser Traditionen werden an den entsprechenden Stellen der Arbeit aufgenommen (vgl. insbes. Kap. 1.3 und 2.3). Da die Grundannahmen der Sozialökologie hinsichtlich der Beschreibung und Bewertung von Segregation besonders einflussreich sind, bilden diese den Schwerpunkt der vorliegenden Betrachtung.

ten, wie Linder (2004: 125) formuliert, alles „vom Bankenviertel bis zum Vergnügungsviertel, von der ethnischen Enklave bis zum Villenviertel“. Park (1967 [1925]: 40) betont ausdrücklich, dass dieses Konzept nicht nur Wohngebiete erfasst: „A moral region is not necessarily a place of abode. It may be a mere rendezvous, a place of resort.“ Für die nachfolgenden Forschungen zur Segregation spielten jedoch vor allem die Wohnorte der Bewohner_innen die herausragende Rolle.

Der zweite wichtige Themenschwerpunkt der Chicago School war die Beschreibung der Struktur und des Wandels von Städten und Stadtteilen auf der Aggregatebene. Räumliche Distanz, die sich durch die Nutzung vorhandener Bevölkerungsdaten (Zensus) gut und kostengünstig erheben ließ, wurde als Indikator für soziale Distanz verstanden. Entsprechend entwickelte Park das Konzept der residentiellen Segregation als „(gut zu messenden) Indikator sozialer Segmentation“ (Dangschat 1997: 621), mit dem „(städtische) soziale Ungleichheit durch ihr Abbild im (städtischen) Raum“ (ebd.) erforscht werden konnte. Im Zentrum des Interesses standen entsprechend, neben der Erforschung einzelner typischer Gebiete, auch die Segregationsprozesse, die zu der oben beschriebenen Differenzierung der Stadt führen (Lindner 2007: 105). Die Forscher_innen nutzen Begriffe und Theoriebausteine aus der Pflanzenökologie zur Begründung einer Sozialökologie. Sie beschreiben sogenannte Invasions- und Sukzessionszyklen, in deren Verlauf durch Invasion, Verdrängung und Flucht die Bevölkerung eines Quartiers ausgetauscht wird und eine neue Struktur in sich homogener Gebietseinheiten entsteht. Theoretischer Ausgangspunkt ist die Annahme eines Wettbewerbs der gesellschaftlichen Gruppen um Standorte in der Stadt. Segregation ergibt sich also der Theorie zufolge daraus, „dass sich immer bestimmte Gruppen durchsetzen, ihre bevorzugten Wohngebiete erhalten und damit die verbleibende(n) Gruppe(n) in die verbleibenden Gebiete verdrängen“ (Blasius 1988: 411).

Bekannt wurde insbesondere das Stadtmodell von Burgess (1967). Er stellt sich die wachsende Stadt als Anordnung konzentrischer Kreise vor, in denen jeweils eine bestimmte Funktion dominiert und die von innen nach außen begehrter als Wohnstandort werden. Ein „central business district“ (ebd.: 50) ist im Modell umgeben von einer „zone of deterioration“ (ebd.), die von Armut, Degradierung, Krankheit und Kriminalität geprägt ist. Hier finden sich typischerweise die slums der Stadt sowie die Gebiete der Immigrantengemeinschaften (z. B. Little Cicily, Greektown oder Chinatown). Es schließen sich eine „Zone of workingmens homes“ (ebd.) sowie weitere sukzessive staturhöhere Gebiete an. Burgess (ebd.) spricht von einer Sukzession als „the tendency of each inner zone to extend its area by invasion of the next outer zone“, er beobachtet also Wandlungsprozesse, die in Richtung weiter vom

Stadtzentrum entfernter Gebiete verlaufen. Es werden vor allem Wanderungen der alteingesessenen Bevölkerung in Richtung des Stadtrandes beobachtet, die durch das Eindringen von statusniedrigeren, häufig eingewanderten Personen in statushöhere Wohngebiete und den damit verbundenen Attraktivitätsverlust der Wohngebiete ausgelöst werden. Diese theoretischen Überlegungen bilden den Anknüpfungspunkt für mehrere Modelle des Nachbarschaftswandels von ausgefeilteren Invasions-Sukzessions-Zyklen, über das Modell eines „Neighborhood Life Cycle“ sowie die neoklassische ökonomische Filtering-Theorie (Schnur 2008: 19, 22). Stets ging es um eine ‚Verdrängung‘ statushöherer Bewohner_innen durch statusniedrigere ‚Eindringlinge‘ (Dangschat 1988: 280). Ein Nachbarschaftswandel wurde also vor allem im Sinne einer ‚Abwärtsbewegung‘ oder eines ‚Decline‘ gedacht, in der Summe ergab sich der als unvermeidlich gedachte Verfall der Innenstädte. Einfache Phasenmodelle eines Nachbarschaftswandels haben sich empirisch im europäischen Raum nicht bewähren können. Trotz dieses fehlenden Nachweises haben diese oder aus ihnen abgeleitete Erklärungen allerdings weitreichenden Einfluss auf öffentliche Wahrnehmung, Stadtpolitik und -planung.

Dass sich Prozesse des Nachbarschaftswandels nicht linear vollziehen müssen, ist das Thema der Tipping-Theorie von Schelling (1971). Bezogen auf ethnisch gemischte Stadtteile geht er davon aus, dass sich sogenannte „Tipping-Points“ identifizieren lassen: Punkte, an denen sich die einmal eingeschlagene Entwicklung stark beschleunigt, ohne dass dies von den beteiligten Akteuren beabsichtigt war (Kecskes/Knäble 1988: 293). Die Theorie geht davon aus, dass die Bewohner_innen Präferenzen hinsichtlich eines gewünschten oder tolerierbaren Anteils von Minoritätsangehörigen im Wohngebiet haben. Ein Überschreiten dieser Anteilswerte führt zur Abwanderung von Teilen der Mehrheitsbevölkerung und in der Folge zu einer weiteren Verschiebung der Anteilswerte. Diese neue Zusammensetzung des Stadtteils stellt wiederum die Kontextbedingung für eventuelle Mobilitätsentscheidungen der verbleibenden Haushalte dar. Die Konsequenz ist ein sich ab einem bestimmten Punkt der Entwicklung schnell beschleunigender Wandel der Struktur der Bewohner_innen des Stadtteils. Es wurden in der Folge zahlreiche Versuche unternommen, entsprechende Werte von Bevölkerungskonzentrationen empirisch zu bestimmen, die in der Folge zu einem solchen verstärkten Bewohner_innenwandel (‚Umkippen‘ vom Vierteln) führen (Kecskes/Knäble 1988). Wie die Tipping-Theorie von Schelling sind zahlreiche der Untersuchungen und Modelle zum Nachbarschaftswandel auf sich ändernde Dominanzverhältnisse von schwarzen und weißen Bewohner_innen in US-amerikanischen Städten bezogen (Duncan/Duncan 1957). Sie wurden jedoch auch auf andere Gruppen von Einwander_innen übertragen.

Ebenfalls auf die Wanderungen von eingewanderten Minoritäten bezogen und für die heutige Diskussion ‚benachteiligter Stadtteile‘ einflussreich ist das Modell des „race relations cycle“ von Park (1950). Es beschreibt einen in vier Phasen stattfindenden Assimilationsprozess, in dem die räumliche Segregation eine Zwischenphase auf dem Weg zu einer vollständigen Eingliederung der Einwander_innen darstellt. Nach einer ersten Kontaktphase kommt es in einer zweiten Phase zu einem Wettbewerb zwischen Immigrant_innen und Aufnahmegesellschaft um begehrte Güter wie Arbeitsplätze und Wohnungen. Konflikte dieser Phase können zu Diskriminierung und auch Unruhen führen, bis schließlich ein Gleichgewichtszustand eintritt. Die Immigrant_innen konnten sich in Arbeitsmarktnischen einrichten und bestimmte Teile des Wohnungsmarktes und städtischen Raums für sich erschließen: die Situation ist durch Segregation gekennzeichnet. Die Akzeptanz dieser etablierten ethnischen Arbeitsteilung und residentiellen Segregation ist das Merkmal der dritten Phase, der Akkomodation. Assimilation schließlich als vierte Phase des ‚race relations cycle‘ führt zur Angleichung und Auflösung ethnischer Unterschiede und zur Vermischung der Bevölkerungsgruppen. Diese Phase wird in der zweiten oder dritten Generation erreicht (Farwick 2009: 27).

Die grundlegenden Annahmen der Sozialökologie wirken, wie im Folgenden zu zeigen sein wird, in der Stadtsoziologie und speziell im Hinblick auf Annahmen und politische Herangehensweisen an Segregation und ‚benachteiligte Stadtteile‘ bis heute.

1.2 Sozialräumliche Segregation

In Deutschland ist die Segregationsforschung vor allem von Friedrichs beeinflusst. Er definiert Segregation allgemein als die „disproportionale Verteilung von Elementarten über Teileinheiten einer Einheit“ (Friedrichs 1983: 217). Im Falle der sozialräumlichen oder genauer residentiellen Segregation meint dies die Verteilung der Wohnstandorte von Bevölkerungsgruppen über die Teilgebiete einer Stadt (ebd.: 218).⁹ Das Interesse kann sich spezieller entweder auf das Ausmaß der Verteilung im Gesamtgebiet beziehen oder aber, wie im Fall der Beobachtung ‚benachteiligter Stadtgebiete‘, auf das Ausmaß der Konzentration auf der Ebene von Teilgebieten. Der Begriff Segregation umfasst zudem sowohl

⁹ Die Einschränkung der Segregationsforschung auf residentielle Segregation wird insbesondere in der Sozialgeographie zunehmend kritisiert und eine Berücksichtigung alltäglicher Raumnutzung sowie sozialer Netzwerke eingefordert (Schnell/Benjamini 2001, vgl. z. B. auch Beckmann et al. 2006).

den Zustand als auch den Prozess der Verteilung von Haushalten mit verschiedenen Merkmalen im Stadtgebiet (ebd.: 217).

Bei der Analyse von Segregation spielen seit den 1950er Jahren Indizes eine zentrale Rolle. Insbesondere sind zwei auf Duncan und Duncan zurückgehende Indizes zu nennen: der Index der Segregation und der Index der Dissimilarität oder Unähnlichkeit (Blasius 1988; Duncan/Duncan 1955). Die Indizes messen Abweichungen einzelner Gebietseinheiten von einem gesamtstädtischen Durchschnitt und addieren diese Abweichungen, um einen Segregationswert für eine Stadt zu erhalten. Es entsteht ein Index, der Werte zwischen 0 und 100 annehmen kann, wobei 0 eine Gleichverteilung und 100 die gänzliche Segregation bedeutet. Zentral für die Analysen ist die Bedeutung der Wohnadresse, anhand derer Individuen bestimmten, meist administrativ festgelegten Territorien zugeordnet werden. Aus methodischer Sicht dominieren quantitative Analysen mit Aggregatdaten, zumeist Zensusdaten, sowie weiteren verfügbaren statistischen Daten der Städte. Die Argumentationen sind meist auf der Makroebene angesiedelt. Wichtige Forschungshypothesen sind, dass das Ausmaß der Segregation in einer Stadt je nach dem Ausmaß der Ungleichheit von Einkommen sowie Schulabschlüssen, dem Anteil von Personen der Minorität sowie der Einwohner_innenzahl variiert (Friedrichs 1988a: 57). Die Segregationsindizes sind abhängig von der Größe und Zahl der einbezogenen Teilgebiete. Eine direkte Vergleichbarkeit zwischen Städten ist damit nicht gegeben (Friedrichs/Triemer 2009: 22). Auch lässt sich das Ausmaß der Konzentration in einzelnen Teilgebieten mit diesen Maßzahlen nicht ausdrücken, da sowohl kleine Abweichungen vom gesamtstädtischen Durchschnitt in vielen Teilgebieten als auch eine starke Konzentration in einem einzelnen Teilgebiet identische Werte erzeugen (Dangschat 2000: 143). Dangschat schätzt den Ertrag einer an den Annahmen der Sozialökologie und den vorgestellten Maßzahlen der Segregationsforschung insbesondere für die Praxis daher als sehr gering ein (ebd.).

Stehen einzelne Teilgebiete im Fokus der Betrachtung, meint Segregation den Grad der Konzentration bzw. der Homogenität dieser Gebiete: „Homogene Teilgebiete sind Gebiete mit einer hohen Konzentration einer Bevölkerungsgruppe“, so Friedrichs (1983: 237). Sofern nur zwei Bevölkerungsgruppen miteinander in ein Verhältnis gesetzt werden sollen, könne der Bevölkerungsanteil als Grad der Homogenität interpretiert werden. Sollen dagegen mehrere Bevölkerungsgruppen beachtet werden, ließe sich eine Homogenität nur schwer beurteilen. Friedrichs (ebd.) schlägt daher vor, in diesem Fall die Proportionen im Gesamtgebiet als Maßstab heranzuziehen und den „Anteil[s] der Gruppe im Teilgebiet, bezogen auf die Bevölkerungsgruppe im Gesamtgebiet“ zu bestimmen. Dies entspricht dem Vorgehen bei der Berechnung von Segregationsindizes (Friedrichs/Triemer 2009: 17). Das Forschungsinteresse bezieht sich vor allem auf

Segregationen armer und zugewanderter ethnischer Minderheiten bzw. im amerikanischen Kontext auf eine ‚racial segregation‘, also eine Segregation schwarzer und weißer Bevölkerungsteile. Insgesamt werden die Segregationswerte dieser beiden Gruppen in Deutschland im internationalen Vergleich und insbesondere im Verhältnis zu den Werten in den USA als niedrig angesehen (Musterd 2005: 332, 338). Die Entwicklung der Segregation wird in der Regel als uneinheitlich beschrieben, da, wie Friedrichs und Triemer (2009: 111) feststellen, die sozioökonomische Segregation (gemessen anhand von Sozialhilfebezieher_innen) in den 15 größten deutschen Städten in ihrem Untersuchungszeitraum von 1990 bis 2005 zunahm, während ethnische Segregation (gemessen am Anteil der Ausländer_innen¹⁰) in fast allen der untersuchten Großstädte seit Mitte der 1990er Jahre abnahm.

Eine einheitliche Theorie zur Erklärung von Segregation liegt nicht vor, in der Tradition der Sozialökologie werden vielmehr verschiedene Wirkungshypothesen zu einem Erklärungsmodell verdichtet (ebd.: 74). Bekannt wurde vor allem das Mikro-Makro-Modell der Segregation von Friedrichs, das Wohnstandortentscheidungen von Haushalten einbezieht. Sie werden modelliert als Ergebnis des Zusammenspiels von Wahlmöglichkeiten (oder Begrenzungen), insbesondere durch das verfügbare Einkommen eines Haushalts, sowie Präferenzen bezüglich des Wohnstandortes. Je höher das verfügbare Einkommen, so die Annahme, desto eher kann ein Haushalt seine Präferenzen auf dem Wohnungsmarkt erfüllen. Das Modell nimmt vor allem den „Wunsch nach räumlicher Nähe zu Personen ähnlichen Lebensstils“ als relevante Standortpräferenz an (ebd.: 92). Unter der Bedingung einer gegebenen Einkommensungleichheit und ungleich bewerteter Wohnungen und Wohnlagen ergäbe sich so eine Segregation der Wohnstandorte. Insgesamt zeigt sich mit den vorgestellten Indikatoren, dass vor allem Personen am oberen sowie am unteren Ende der Einkommenshierarchie am stärksten segregiert wohnen. Dabei wird häufig zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Segregation unterschieden. Einkommensstärkere Haushalte, so die Theorie, können ihren Wohnort entsprechend ihrer Präferenzen bestimmen und wohnen demnach freiwillig segregiert. Personen, die aufgrund eines geringen Einkommens weniger Wahlmöglichkeiten haben, müssten dagegen „mit Wohnquartieren vorlieb nehmen, in denen aufgrund einer unattraktiven Lage sowie der

¹⁰ Friedrichs und Triemer (2009: 25) diskutieren selbst die eingeschränkte Aussagekraft dieses Indikators im Hinblick auf die fehlende Berücksichtigung von eingebürgerten Personen und solchen mit doppelter Staatsbürgerschaft. Insbesondere Schönwälder und Söhn (2007: 2) haben jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass Aussagen über „ethnische Segregation“ mit Daten, die die Gesamtheit der Ausländer_innen oder Personen mit Migrationshintergrund betreffen, nicht möglich sind. Auch die Berücksichtigung der nationalen Herkunft erfasst ethnische Zugehörigkeiten im Sinne der Selbst- und Fremdzurechnung nur näherungsweise (ebd.).

geringen Qualität der Wohnungen der Mietzins geringer ausfällt“ (Farwick 2012: 384).

Die Entstehung von Stadtteilen mit hohen Konzentrationen armer oder benachteiligter Bevölkerungsgruppen wird vor allem auf zwei Mechanismen zurückgeführt. Als *Fahrstuhleffekt* wird eine Entwicklung bezeichnet, in der ein kollektiver sozialer Abstieg der Bewohner_innen eines Gebietes erfolgt. Eine solche Entwicklung ist besonders offensichtlich bei Werksschließungen zu beobachten, wenn in der Folge die Arbeitslosigkeit im unmittelbaren Einzugsbereich sprunghaft ansteigt. Aber auch eine entsprechende gesamtgesellschaftliche Entwicklung, wie sie mit der Umstrukturierung der Wirtschaft und den Arbeitsplatzverlusten im primären Sektor seit den 1970er Jahren zu beobachten war, kann entsprechende Folgen haben, wenn auch weniger örtlich konzentriert. Im Laufe der Zeit wird jedoch in ehemaligen Arbeiter_innenvierteln auch dieser soziale Abstieg immer weiterer Teile der Bevölkerung sichtbar: „[A]us einem Arbeiterquartier wird dann ein Arbeitslosenquartier“ (Häußermann 2006: 303).

Eine entsprechende Entwicklung des Stadtteils wird als Auslöser für einen weiteren Mechanismus angesehen, der die Entstehung benachteiligter Gebiete fördert. Hier spielen selektive Ab- und Zuwanderungsprozesse eine wichtige Rolle. Nach dem Konzept der *passiven Segregation* verlassen Haushalte, die über ausreichend Kapital verfügen, den Stadtteil, während kapitalärmere Haushalte nachrücken: „Für jeden freiwillig abgewanderten Haushalt zieht einer nach, der wegen seines Einkommens oder wegen kultureller Diskriminierung keine andere Wahl hat“, fasst dies Häußermann (ebd.: 300) zusammen. Besonders unter der Bedingung entspannter Wohnungsmärkte könnten Umzugswillige, die über ausreichend Kapital verfügen, ihre Präferenzen auf dem Wohnungsmarkt einlösen, so dass sich diese selbst verstärkende Wirkung sehr schnell vollziehen könne. Als Auslöser für entsprechende Wegzüge wird neben oder zusätzlich zu einer Veränderung des Stadtteils auch eine Veränderung der verfügbaren Ressourcen oder der Ansprüche von Bewohner_innen, besonders infolge eines sozialen Aufstiegs oder einer Familiengründung, angesehen (vgl. Kap. 2.2). Eine entsprechende Segregationsentwicklung zeigte sich im 20. Jahrhundert vor allem infolge der Wohnsuburbanisierung, das heißt der Umlandwanderung größerer Bevölkerungsteile, die nach dem Zweiten Weltkrieg, so Häußermann und Oswald (1997: 15), „zum dominanten Muster der Stadtentwicklung“ wurde. Die Wanderungen waren, insbesondere aufgrund der nötigen finanziellen Ressourcen, sozial selektiv und bedingten hierdurch eine soziale Segregation in den Städten: „Da der Umzug ins eigene Heim gesicherte Einkommens- und stabile Familienverhältnisse voraussetzt, nimmt in den Städten der Anteil von Bewohnern zu, die freiwillig oder gezwungenermaßen allein leben, die nur über geringe oder sehr wechselhafte Einkommen verfügen und/oder in irgendeiner Art und

Weise sozial nicht angepasst oder nicht voll integriert sind“ (ebd.). Befürchtet wird vor allem die sich selbst verstärkende Wirkung solcher Segregationsprozesse. Das Steuerungspotential wird aufgrund der Freiwilligkeit der Abwanderungsentscheidungen als sehr begrenzt angesehen (vgl. z. B. Friedrichs 1995). Nur durch ein Zusammenwirken von Bewohner_innen, Eigentümer_innen, Gewerbetreibenden sowie Stadtpolitiker_innen, so eine verbreitete Ansicht, sei ein Aufhalten des Prozesses der Abwärtsentwicklung möglich (Häußermann 2006: 303) (vgl. Kap. 1.4).

Das verfügbare Wohnungsangebot, dessen Differenzierung und Verteilung im Stadtraum, stellt eine wichtige Voraussetzung der räumlichen Konzentration benachteiligter Haushalte dar. Seit den 1980er Jahren hat sich insbesondere die Verfügbarkeit preisgünstigen Wohnraums merklich verschlechtert. Dies ist durch eine erhöhte Nachfrage nach innerstädtischem Wohnraum – auch durch junge Familien, die zu den klassischen Suburbanisierern gehörten – und die dadurch ausgelösten Preissteigerungen in einigen Quartieren bedingt. Gleichzeitig hat sich seit diesem Zeitraum der Bestand an sozialem Wohnungsbau mehr als halbiert (Farwick 2012: 385). Die zunehmende Privatisierung kommunaler Wohnungsbaugesellschaften hat in vielen Städten zu einer Konzentration der Belegungsrechte auf wenige Stadtgebiete geführt, so dass hier eine weitere Ursache für die Konzentration benachteiligter Bevölkerungsgruppen liegt. Im Hinblick auf die Entstehung ‚benachteiligter Stadtteile‘ ist zudem darauf hinzuweisen, dass die Wohnungsvergabe nicht, wie in einfachen Modellen angenommen, ausschließlich Marktgesetzen folgt. Insbesondere für Haushalte mit Migrationshintergrund muss davon ausgegangen werden, dass auch diskriminierende Vergabepraktiken die Wohnstandorte beeinflussen (vgl. dazu Kap 2.2).

1.3 Kontexteffekte oder Konzentrationseffekte

Auch wenn die Konzentration von Armut in bestimmten Stadtgebieten ein Phänomen ist, das die Stadtentwicklung von Beginn an begleitet hat, herrscht Konsens, dass die Entstehung entsprechender Gebiete zu vermeiden ist. Bereits im 19. Jahrhundert wurde Segregation als Problem gesehen. Die Aufmerksamkeit galt vor allem der möglichen Ausbreitung von Krankheiten und der Gefahr der politischen Aufwiegelung. Beide Phänomene sind in der heutigen Diskussion in den Hintergrund getreten zugunsten von Annahmen zu einer armutsverstärkenden Wirkung des Wohnens in einem ‚benachteiligten Stadtteil‘. Es wird angenommen, dass die Quartiere nicht nur *benachteiligte* Viertel (dergestalt, dass sich benachteiligte Bevölkerungsgruppen dort konzentrieren) darstellen, sondern dass

diese zudem auch *benachteiligende* Viertel sind, das heißt Ausgrenzung und Exklusion verstärken.

Diese für die heutige Betrachtung ‚benachteiligter Stadtgebiete‘ zentrale Blickrichtung entwickelte sich in Deutschland in den 1980er und 1990er Jahren. Die Ungleichheitssoziologie beobachtete zu dieser Zeit eine zunehmende Polarisierung der Bevölkerung, das heißt eine zunehmende Spaltung in Arm und Reich, die sie mit Begriffen wie ‚neuer Armut‘, ‚sozialer Ausgrenzung‘ oder ‚Exklusion‘ zu fassen versuchte. Nicht mehr Oben und Unten, sondern Drinnen und Draußen seien die Dimensionen, mit denen die wachsenden Ungleichheiten erfasst werden müssten (Kronauer 2002a). Mit diesem gewandelten Fokus der Ungleichheitssoziologie veränderte sich auch der Blick auf Ungleichheit in der Stadt (Harth et al. 2000: 26). Seit den 1980er Jahren nahm daher in der Segregationsforschung analog zur Ungleichheitssoziologie die Bedeutung klassen- und schichtbezogener Analysen ab, und es wurde in verschiedenen Varianten die Vorstellung einer „gespaltenen Stadt“ (Häußermann/Kaplan 2000) in die Stadtsoziologie aufgenommen. Grundtenor dieser Forschungstradition ist, dass Segregation, das heißt die Verteilung von Bevölkerungsgruppen in der Stadt bzw. die Konzentration von bestimmten Bevölkerungsgruppen in bestimmten Gebieten, seit den 1980er Jahren „eine neue Qualität“ (Baum 2007: 93; Häußermann 2006: 294) erreicht habe. Die neue Qualität, von der hier die Rede ist und die die betreffenden Viertel auch politisch brisant macht, besteht darin, dass man annimmt, dass die Bewohner_innen der Quartiere zunehmend von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen abgekoppelt bzw. ausgegrenzt werden und dass, hier liegt der entscheidende Unterschied, die Situation in den Quartieren hierbei selbst eine ursächliche Rolle spielt. Geändert habe sich also das Verhältnis von sozialer Ungleichheit und Raum insofern, als Segregation eine Ursache der Ausgrenzung sei. Thema sei nicht mehr nur, so formuliert derselbe in einem anderen Text, „die Zunahme von Armut und sozialer Deprivation, sondern die Herausbildung neuer Ungleichheitsstrukturen, bei denen auch die räumliche Konfiguration der Stadt eine Rolle spielt“ (Häußermann 2006: 294). ‚Benachteiligte Quartiere‘ werden zu *benachteiligenden* Quartieren.

Die Annahmen zu diesen die soziale Ausgrenzung verstärkenden Effekten beruhen zu großen Teilen auf den Arbeiten von Wilson (1987) zur „urban underclass“ in den USA. Er konstatiert für die Innenstädte der USA eine Konzentration der am stärksten benachteiligten schwarzen Bevölkerung, die dort zu einem Milieu sozialer Isolation führe: „The social transformation of the inner city has resulted in a disproportionate concentration of the most disadvantaged segments of the urban black population, creating a social milieu significantly different from the environment that existed in these communities several decades ago“ (ebd.: 58). Nicht eine „Culture of Poverty“ (Lewis 1959) sei schuld an den

benachteiligenden Effekten, die das Leben in diesen Gebieten seither für die Bewohner_innen bedeute, jedoch schneide ihre soziale Isolation die Bewohner_innen von den Gelegenheiten und Chancen der Gesellschaft ab und verstärke damit deren Problemlage (Wilson 1987: 61). Diese Effekte seien umso größer, je höher der Anteil der Benachteiligten an der Bevölkerung des Gebietes liege (Häußermann/Kronauer 2005: 602). Wilson (1987: 58) spricht daher im Hinblick auf die gemeinten Effekte von „*concentration effects*“.

Seine These hat zahlreiche Forschungen angeregt, die versuchen, entsprechende – auch als Nachbarschafts- oder Kontexteffekte bezeichnete – Benachteiligungen nachzuweisen. Es geht um *zusätzliche* Beeinträchtigungen der Lebenschancen, die aus dem Wohnen in ‚benachteiligten Quartieren‘ resultieren, also „unabhängig von Merkmalen des Individuums oder des Elternhauses wirken“ (Nieszery 2008: 108). Effekte werden vor allem in drei Dimensionen erwartet (ebd.: 109; ähnlich Häußermann/Kronauer 2009): Im Bereich der *objektiven Ressourcen* einer Nachbarschaft werden Effekte der (unzureichenden) Ausstattung des Wohnumfeldes mit Infrastruktureinrichtungen oder deren schlechtere Qualität angenommen (insbesondere in Bezug auf Bildungseinrichtungen). Für das Themenfeld der *sozialen Beziehungen* wird zum einen fehlendes soziales Kapital im Sinne der ‚Weak Ties‘ (Granovetter 1973) erwartet, das durch Informationen mit hohem Neuigkeitswert Jobchancen eröffnen und so zur Überwindung der Armutslage beitragen könnte. Enge und dichte soziale Netze, wie sie in den Gebieten vorherrschten, lieferten dagegen, so die Annahme, nur redundante Informationen. Zum anderen werden in Anlehnung an die These der ‚Kultur der Armut‘ Sozialisationseffekte befürchtet: „Die soziale Zusammensetzung der Bewohnerschaft, die vorherrschenden sozialen Lagen und die Verhaltensweisen der Bewohner formen Milieus, die ihrerseits Rückwirkungen auf die Orientierungen, die Verhaltensmöglichkeiten und die Lebenschancen der Bewohner haben“ (Häußermann/Kronauer 2009: 158). Solche Sozialisationseffekte werden besonders im Hinblick auf die Sozialisationsbedingungen von Kindern und Jugendlichen befürchtet. Als dritte Dimension führt Nieszery (2008: 109) schließlich die „*Symbolik des Ortes*“ an, die über ein negatives Gebietsimage eine Stigmatisierung der Bewohner_innen bewirkt.

In den USA wurden seither unzählige Arbeiten durchgeführt, die sich den Kontexteffekten widmen. Der Fokus liegt auf Auswirkungen des Wohnens in segregierten Gebieten auf Arbeitsmarktintegration und Verdienst, Bildungsbeteiligung und -aspirationen, der Neigung zu unehelicher Mutterschaft, Devianz oder aber Gesundheit (Farwick 2012: 389). In den USA liegt der Schwerpunkt dabei deutlich auf Gewalt und (Drogen-)Kriminalität, während in Europa zumeist Aspekte sozialer Mobilität im Fokus stehen (Musterd 2005: 343). Insgesamt wird die Datenlage zur Existenz von verschiedenen Kontexteffekten in den USA zwar

häufig als robust eingeschätzt (Farwick 2012: 410; Musterd 2005: 342), die Größenordnung und die genauen Wirkmechanismen entsprechender Effekte sind aufgrund zahlreicher methodischer Probleme jedoch bislang nicht ausreichend erforscht. So konstatiert beispielsweise auch Häußermann (2008: 341), dass „zwar solche Effekte ermittelt werden, aber nur für bestimmte Gruppen unter bestimmten Bedingungen“. „Allgemeine Aussagen“, folgert er mit Blick auf die internationale Forschung, „über die Quartierseffekte sind daher nicht möglich“ (ebd.: Hervorh. i. Orig.). Für Oberwittler und Wikstöm (2009: 36) ist der sozialräumliche Kontext in Bezug auf Kriminalität einer der „least understood aspects of crime causation“. Auch Galster (2008: 39) zieht nach einer intensiven Diskussion methodischer Probleme das Fazit, dass insbesondere die zentrale Frage nach der Größe eines *unabhängigen kausalen* Effektes von Nachbarschaften auf Individuen „still remains uncertain within broad parameters“. Eine zentrale Herausforderung ist also die Unterscheidung zwischen tatsächlichen Kontexteffekten und solchen Effekten, die aus der Zusammensetzung der Nachbarschaft resultieren (sogenannte Kompositionseffekte) (dazu z. B. die Diskussion in Farwick 2012: 394). Entsprechend warnt Buck (2001: 2252): Der Nachweis von Unterschieden zwischen den Quartieren ist nicht gleichzeitig der Nachweis von Quartierseffekten. Dies ist vor allem bei der Interpretation von Querschnittstudien zu berücksichtigen, aus denen sich daher nur sehr bedingt Aussagen über Quartierseffekte ableiten lassen, wie auch Volkmann (2012: 55) bemerkt. Langzeitstudien seien zwar grundsätzlich besser geeignet, Nachbarschaftseffekte aufzuzeigen, diese seien aber mit dem Problem konfrontiert, dass sich der Quartierskontext im Zeitverlauf wandelt (ebd.: 56).

Als zentrales Problem der methodischen Umsetzung wird zudem die Festlegung der Gebietsgrenzen diskutiert, die aufgrund der Datenverfügbarkeit meist administrativen Vorgaben folgt. Nonnenmacher (2007: 508) kritisiert in diesem Sinne, dass diese administrativen Gebiete häufig zu groß seien und somit „der falsche Kontext“ zugrunde gelegt werde. Dahinter steht die Annahme, dass eine Handlungsrelevanz der Wohnumgebung begründet nur in einem kleinräumigen Bereich angenommen werden könne. Ein von anderer Seite angebrachter Kritikpunkt an der Forschungstradition ist allerdings gerade diese (oft nicht hinterfragte) Unterstellung, dass das Wohnen in einem Stadtviertel auch die sozialen Kontakte der Bewohner präge und damit sozialisatorische Wirkung entfalte (vgl. Kap. 4.2). Es ist umstritten, ob, unter welchen Bedingungen und bei welchen Bevölkerungsgruppen das Wohnumfeld tatsächlich in dieser Weise wirkt. Für Galster (2008: 16) stellt daher die Operationalisierung der tatsächlich angenommenen Wirkfaktoren die zentrale methodische Herausforderung dar. Werden wie üblich Sozialisationseffekte angenommen, müsse beispielsweise die tatsächliche „Exposure to Neighborhood“ (ebd.: 15) erhoben werden, das heißt unter ande-

rem die tatsächlichen sozialen Netzwerke der Individuen sowie die zeitliche Dauer dieser Kontakte. Die geeigneten Messinstrumente, um die problematische Gleichsetzung von Wohnort und sozialen Kontakten zu umgehen, lägen bereits vor, zeigt er sich optimistisch. Ein Mangel bestehe jedoch an geeigneten Datensätzen: „I am confident that we have developed sufficiently sophisticated survey instruments to accurately measure such things as networks, peer groups, role models, feelings of relative deprivation and competition, and stereotypes. The research challenge is one of resources“ (ebd.). Dass ein solches Vorgehen wichtige Einsichten im Hinblick auf angenommene Nachbarschaftseffekte bringen und notwendige Differenzierungen nahelegen kann, zeigt in Deutschland beispielsweise eine auf Jugendkriminalität ausgerichtete Studie von Oberwittler (2004: 215f.): Das Stadtviertel wirkt sich nur dann auf die Kriminalität bei Jugendlichen aus, wenn der Freundeskreis sich aus Personen zusammensetzt, die ebenfalls im Stadtviertel wohnen. Besteht der Freundeskreis dagegen aus Personen, die in anderen Gebieten leben, findet sich kein Kontexteffekt. Ein Kontaktnetz, das über den Nachbarschaftskontext hinausgeht, ist dabei ein häufiger Befund empirischer Studien zu Nachbarschaftseffekten und stellt damit die zugrunde liegende These von der Übereinstimmung von Wohnort und sozialen Kontakten in Frage (Volkman 2012: 68ff.).

Für Deutschland und Europa liegen deutlich weniger Forschungsergebnisse zu Nachbarschaftseffekten vor, und die Ergebnisse lassen keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu (Kronauer 2002b: 290; Volkman 2012: 78). Inwiefern sich die Erkenntnisse aus den USA umstandslos übertragen lassen, kann insbesondere aufgrund der deutlich geringeren Segregationstendenzen, des stärker ausgebauten Wohlfahrtsstaates sowie weiteren Unterschieden auf institutioneller Ebene in Zweifel gezogen werden (Farwick 2012: 389). Nötig wären daher auch europäische Studien zu den verschiedenen angenommenen Dimensionen der Nachbarschaftseffekte, die die genannten methodischen Fallstricke berücksichtigen. Im Hinblick auf das Thema dieser Arbeit kann Helbig mit einer Studie zu Nachbarschaftseffekten auf die Lese- und Mathematikkompetenzen von Schüler_innen beispielsweise zeigen, dass auch in Berlin derartige Effekte existieren. Diese stellten sich jedoch, anders als in der Diskussion häufig angenommen, als positiv verstärkende Effekte privilegierter Nachbarschaften dar: „Die Kinder in sozial benachteiligten Nachbarschaften weisen hingegen keine messbar schlechtere Kompetenzentwicklung auf als Kinder in durchschnittlichen Nachbarschaften“ (Helbig 2010: 676).

In Bezug auf die Segregation von Zuwander_innen wird die Bedeutung des Wohnumfeldes vor allem im Hinblick auf Integrationswirkungen diskutiert. Die empirischen Befunde lassen jedoch, insbesondere wenn individuelle Merkmale berücksichtigt werden, keine eindeutigen Schlüsse zu. Bereits die For-